

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Verleger: Döbhoff 282-287
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokrat Berlin

Wormwärts

Verlag und Anzeigenstellung: Gesellschaft 2-5 Uhr
Verleger: Döbhoff-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Verleger: Döbhoff 282-287

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Aufwertung der Wittelsbacher.

Ein Riesenvermögen aus Staatsbesitz.

Die amtliche Pressestelle der bayerischen Regierung wendet sich in einer offiziellen Verlautbarung gegen die in Beratern und Aufrufen erhobene Behauptung, daß der Wert der Familie Wittelsbach im März 1923 überreichten Abfindung auf 150 Millionen Mark zu veranschlagen sei.

Der genaue Wert der Abfindung ist vom bayerischen Finanzministerium entgegen seiner Pflicht, dem Landtag rückhaltlos Aufschluß zu geben, bei den feinerzeitigen Verhandlungen nicht angegeben worden.

Der Flächeninhalt der den Wittelsbachern überlassenen Forstämter Reubung-Ofst, Walsbronn, Stammham und Münchsmünster beträgt 7803 Hektar.

Der Gesamtflächeninhalt der den Wittelsbachern überlassenen Waldungen beträgt über 9223 Hektar mit einem jährlichen Friedensreinertrag von mindestens 900000 Mark.

Schloß Berchtesgaden mit Wälden und Zubehör rund 15 Hektar, im September 1920 auf 1230000 Mark geschätzt.

Schloß Berg mit Parkanlagen 38,5 Hektar, Wert nicht angegeben.

Schloß Ludwigs Höhe bei Eidenkoben, 29 Hektar, vom Staat im Jahre 1869 um 175000 Gulden angekauft.

Schloß Reuburg im Jahre 1919 auf 1 1/2 Millionen Mark geschätzt.

Hofgut Rohrenfeld, 235 Hektar (ohne Wald), Friedenswert der Gebäude 668000 Mark, Pferdewert 1921 über 1 Million Mark.

Gesüt Bergsteinen mit Schloß Grünau, 179 Hektar ohne Wald, Friedenswert der Gebäude 344000 Mark, der Pferde 278000 Mark.

Remontedepot Fürstenseefeldbruck mit Nebenbesitzungen Zellhof, Buch, Graßling und Roggenstein, Fläche insgesamt 1291 Hektar, jährlicher Friedensreinertrag 73300 Mark.

Hirschgarten bei Rymphenburg 32,7 Hektar, Wert im Jahre 1916 amtlich auf 2784000 Mark geschätzt.

Hofluchengarten bei Rymphenburg und Anwesen Haus Nr. 10 am nördlichen Schloßronell über 3 Hektar, Wert im Jahre 1919 rund 630000 Mark.

Arcohäuser in München, Friedenswert 1183000 Mark mit jährlicher Friedensrente von 7300 Mark.

Außerdem Schloß Hohenschwangau mit Nebengebäuden, Anlagen und Grundbesitz.

Waldungen im Rymphenburger Schloß, Wert unbekannt, Einrichtung der überreichten Schlösser, dazu Silberzeug, Familienbilder, wertvolle Kunstgegenstände und Diamanten der Schatzkammer.

Veranschlagt man, daß einzelne Gemälde der Alten Pinakothek Millionenwerte darstellen, so kommt man auf einen Wert der Abfindung von weit über 100 Millionen Mark.

Wenn auf die Wittelsbachischen Stammgüter mit angeblich großen Waldungen hingewiesen wird, so ist daran zu erinnern, daß die Wittelsbacher diese Wälder in ihrer Eigenschaft als Reichsbeamte (Bau- und Pfalzgrafen) vom Reich zu Lehen erhalten haben.

Das heute noch lebende Geschlecht der Wittelsbacher ist 1799 vollständig mittellos aus der Pfalz nach Bayern gekommen.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Der bayerische Staat hat außerdem noch im Jahre 1821 an Frankreich eine Million Gulden bezahlen müssen, das waren die Schulden, die Mar. I. als französischer Oberst in Ströbhorn gemacht hatte.

Kirche und Volksentscheid.

Mißbrauch der Religion.

Von Pfarrer Eckert-Reersburg.

In dem Kampf um den Volksentscheid, der ein Kampf um die Rechte des arbeitenden Volkes ist, hat die Kirche in einseitiger Weise für die Fürsten Partei ergriffen und damit in Millionen von Volksgenossen das Vertrauen zur politischen Neutralität der Kirche aufs schwerste erschüttert, ja endgültig vielleicht vernichtet.

Alle diese Kundgebungen haben natürlich nach den ausdrücklichen Bemerkungen, die eingefügt sind, „mit Politik gar nichts zu tun“; es handelt sich um eine Sache der „christlichen Sittlichkeit“ und der „Gerechtigkeit“.

Eigentümlich! D. Winkler, deutschnationaler Vorsitzender der altpreussischen Union, redet von den „Grundlagen eines geordneten Staatswesens, die in Gefahr seien“.

Warum haben sie sich nicht auf die Forderungen des Christentums berufen, als die fürstlichen Vermögen entstanden, damals als sie sich Methoden, die jeder Gerechtigkeit und erst recht jedem christlichen Bewußtsein ins Gesicht schlugen, durch Gewalt und Kriegsführung Länder, Schlösser und Forsten aneigneten.

Ich habe nichts davon gehört, daß die Kirchenfürsten ihre Stimme erhoben im Namen Jesu Christi für die Arbeitslosen, die um ihr einziges Eigentum, ihre Arbeitskraft, gekommen sind durch die famose und profitabile „Rationalisierung“, nichts gehört davon, daß sie für die Kriegsgesopfer energisch eingetreten wären, die um Gesundheit und Lebenskraft gekommen sind.

Wenn die Kirche ihre Stimme erhebt bei dieser Gelegenheit des Volksentscheids, dann hat sie den Fürsten zu sagen, daß das, was sie als „Privateigentum“ verlangen, nicht ihr Privateigentum ist — sie haben keinen Quadratmeter des Landes bestellt oder erarbeitet von den 2 Millionen Morgen, die sie zusammen verlangen — sie haben von Gott und seiner Gerechtigkeit alles zu fürchten und nichts zu hoffen.

Sie haben in dem Amte, das ihnen gegeben war, verfaßt! Haben nicht des Volkes Wohl, sondern ihr eigenes Wohl gesucht und suchen es noch.

Das, was sie direkt oder indirekt durch ihre Macht und ihren politischen Einfluß erworben haben (und das ist auch das von ihnen verlangte „Privateigentum“), ist von dem Zeitpunkt an dem Volke verfallen, als sie nicht mehr Fürsten sind, nicht mehr regieren.

Es ist das Beschämendste für die Fürsten, daß sie, die sich nach ihrer Ueberzeugung als von Gott, dem Herrn des Weltalls in ihr Amt eingesetzt wußten (auch die Fürstlichen von Baden und Lippe!), nun um Geld und Geldwert vor Berichten verhandeln wollen, daß sie mit dem Volk, dem sie dienen und helfen sollten, streiten um ihren „Privateigentum“.

Wenn sie noch einen Funken wirklicher Hoheit, wirklicher Besonderheit in sich gehabt hätten, dann hätten sie freiwillig verzichtet auf alles und sich ein einfaches, arbeitsreiches neues Leben aufgebaut, dann wären sie „Volksgenossen“ geworden in der Republik, dann hätten wir sie wenigstens noch achten können und die Tragik ihres Lebens verstanden; dann hätten wir sie auch nach dem gleichen Recht der Verfassung behandeln können.

So aber sind sie zum Teil außerhalb des Landes, dessen „nationale Ethik“ nach Ansicht des Vorsitzenden des evangelischen Bundes gebietet, ihnen ihre Forderungen zu erfüllen! Alle sind sie Gegner des bestehenden Staates, dessen „Grundlagen untergraben werden“, wenn die An-

Ein Aufruf des Berliner Zentrums.

Reinsagen ist „nicht leicht“! — Gegen Wahlterror!

Der Provinzialvorstand der Zentrumspartei Groß-Berlins erläßt folgenden Aufruf:

Der kommende Sonntag ist der Tag des Volksentscheides. Die Deutsche Zentrumspartei ist gegen restlose Enteignung der früheren Fürsten. Sie fordert ein Gesetz, daß ihnen nur das geben soll, was der Gerechtigkeit entspricht und was sich angesichts der erschreckenden sozialen Not unseres Volkes verantworten läßt.

Wir folgen der Parole der Reichspartei! Das Wort „Recht“ im Wahlprache unserer Partei ist uns keine Phrase. Der Gedanke des Privateigentums gehört uns zu den unumstößlichen Grundlagen der deutschen und europäischen Wirtschaftsentwicklung.

Restlose Enteignung lehnen wir als Anhänger des christlichen Sittengesetzes bewußt ab. Unsere Freunde im Lande dürfen wissen, daß uns diese Stellung angesichts der verschärften Not, die wir tagtäglich in der Reichshauptstadt erleben, und angesichts der vielfach provozierenden Fokussierung der Fürstenforderungen nicht leicht fällt.

Aber Klarheit und Unverbrüchlichkeit unserer Grundzüge erscheint uns auch in Stunden der Not pflichtgemäß und für die Zukunftsentwicklung unseres Landes fruchtbringend.

Es ist von unverantwortlicher Seite in den letzten Tagen versucht worden, die Berliner Zentrumswähler entgegen der Parole der Reichspartei zu beeinflussen. Die Berliner Partei hat mit diesem Treiben nichts gemein, und weiß es mit allem Nachdruck zurück.

Jeder Zentrumswähler gehe daher am Sonntag zur Wahlurne. Unsere Entscheidung ist: „Rein“. Wahlenthaltung unterstützt den Wahlterror der rechten Parteien und bringt uns in den Verdacht, jenen Kreisen zu dienen, die mit der Propaganda gegen den Volksentscheid bestimmte politische Ziele verbinden.

Mit der formalen Abstimmung am nächsten Sonntag ist die Frage der Fürstenabfindung noch nicht zu Ende. Unsere Arbeit steht noch bevor. Wir haben zu der Zentrumsfraktion des Reichstages das Vertrauen, daß sie alle Kraft daran setzen wird, möglichst bald ein Gesetz zustande zu bringen, das die maßlosen Forderungen der Fürsten auf ein erträgliches Maß zurückführt und ihnen nur das zugesteht, was nach Recht und Moral niemand streitig machen kann.

Der Beschluß der Berliner Zentrumspartei unterscheidet sich zu seinem Nachteil von dem des Zentrums in Hörsing, der für den Volksentscheid eintritt, er unterscheidet sich aber zu seinem Vorteil von der Haltung der Rechtsparteien, deren Injämie er auf das schärfste brandmarkt.

Sachlich ist zu bemerken: Wäre das Vertrauen des Berliner Zentrums zum Reichstag berechtigt, hätte der

Reichstag ein Gesetz zustandegebracht, das dem Rechtsgefühl des Volkes einigermaßen entspricht, dann hätten nicht 12 1/2 Millionen, darunter viele Hunderttausende Zentrumsanhänger das Volksbegehren unterzeichnet.

Es ist aber unerfindlich, woher das Berliner Zentrum das Vertrauen zum Reichstag nimmt nach all den Erfahrungen, die in den letzten Monaten gemacht worden sind.

Der Wähler, der sich unter den Knäuel der Rechtsparteien duckt, begibt sich keines staatsbürgerlichen Rechts und seiner Freiheit. Der Wähler, der am Sonntag zur Abstimmung geht, hat es in der Wahlzelle nur mit sich selber und seinem Gewissen abzumachen, wie er stimmt.

Rufen darum alle am Sonntag zur Urne gehen und der Stimme ihres Gewissens folgen. Dann ist uns um den Ausgang wahrlich nicht bange!

Briands Burgfriedensversuch.

Paris, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Briand, der am Mittwochabend den Auftrag zur Neubildung der Regierung angenommen hat, will den Versuch machen, für seine Regierung die Mitarbeit sowohl des Führers des Linkskartells, Herriot, als auch des Führers des Nationalen Blocks, Poincaré, zu gewinnen.

Er wird bei diesem Versuch auf sehr große Schwierigkeiten stoßen und es ist sehr zweifelhaft, ob er die beiden Pole der französischen Politik in einem Kabinett vereinigen kann.

Die heutigen Morgenblätter verhalten sich ebenfalls zu dieser Möglichkeit äußerst skeptisch. Poincaré scheint seine Mitarbeit nur unter bestimmten Bedingungen zuzugestehen zu wollen.

Von Herriot wird Briand wohl eine Abzage erhalten. Herriot wird sich dabei auf den gesternabend von seiner Partei gefassten Beschluß berufen können, die jede Politik der „heiligen Einigkeit“ energisch ablehnt.

Die Radikalsozialistische Partei ist nämlich gesternabend zu ihrem sogenannten kleinen Kongreß zusammengetreten und sah einstimmig eine Entschliebung, in der es u. a. heißt: „Der Kongreß der Radikalsozialistischen Partei verwirft jeden Versuch, die Regierungsmacht unter dem Deckmantel der „Nationalen Einigkeit“ einer Minderheit zu übertragen, die durch die Volksabstimmung verurteilt worden ist, da ein solches Ministerium den Empfindungen aller Republikaner widerspricht.“

Die Partei ist dagegen bereit, ihr volles Vertrauen jeder demokratischen Regierung zu schenken, die die Einigung sämtlicher Republikaner um ein durchschlagendes Programm der finanziellen Wiederaufrichtung zustande zu bringen versucht. (Caut TL hat Poincaré inzwischen abgelehnt. Red. d. „B.“)



Sprüche der Fürsten nicht befriedigt werden, dessen „Rechtsgrundzüge und dessen Verfassung erschüttert werden“, nach D. Herz, wenn die Fürsten nicht wie jeder andere Volksgenosse behandelt werden.

Die Fürsten haben genug! Sie haben sich alle gesichert, daß sie nicht im Elend leben müssen wie die Masse unseres Volkes. Darum brauchen wir nicht zu sorgen.

Sie bekommen nichts mehr! Was sie verlangen, soll den Armen in unserem Volke gegeben werden, den Kriegsoffizieren und den Kleinrentnern.

Wenn man vom Standpunkt des Christentums aus zu der Frage der Enteignung der Fürsten eine Antwort geben soll, so kann die nur heißen: Keinen Pfennig den Fürsten!

Sie sind gewogen und zu leicht befunden worden!

Das Schicksal, also Gottes Wille selbst, hat sie entfürstet, enteignet, warum sollen wir dem Schicksal in den Arm fallen? Sie haben es nicht anders verdient!

Aber die Herren Kollegen predigen, die Enteignung widerspricht dem 7. Gebot „Du sollst nicht stehlen“, und dem 9. Gebot „Laß dich nicht gelüsten deines Nächsten Hauses“.

Haben sich die Fürsten danach gehalten? Ist es nicht vielmehr ein Widergutmachen einer Sünde, die von den Fürsten gegen dieses Gebot begangen wurde, wenn wir die Enteignung ohne jede Entschädigung durchzuführen?

Unzählige Sonntagblätter stellen sich schügend vor das Eigentum der Fürsten, oft aus der Angst, daß dann auch das andere Eigentum darankomme, auch das Eigentum der Kirche.

In die Pfarrfrauen wird der „Aufrechte“ geschickt, ein „deutsches Volksblatt“ mit der Parole: „Mit Gott für König und Vaterland — mit Gott für Kaiser und Reich“, das Material gegen die Enteignung verbreitet, welches beim „Reichsboten“, der evangelisch-nationalen Zeitung gedruckt wird.

Gegen den habnebüchernen Mißbrauch der Religion der kirchlichen Verbände und Institutionen zu politisch reaktionären Zwecken müssen alle entschlossenen Christen Front machen.

Die Durchführung der Fürstenenteignung ist nicht nur Sache der Parteien, die dazu aufrufen, sondern Sache jedes gerecht und verantwortlich denkenden Menschen, auch jedes Christen, der nicht für die Reichen und Mächtigen eintreten darf, dafür daß sie noch mehr bekommen, als sie schon haben, wenn er wirklich Christi Nachfolger sein will, der vielmehr für die Armen eintreten muß, für die Kriegsoffiziere, die Kleinrentner, die Arbeitslosen, die Opfer der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Stellt sich aber die evangelische und die katholische Kirche bei dieser Frage der Fürstenenteignung auf die Seite der Fürsten, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn das Kirchengesamt, wenn vor allem die Schichten unseres Volkes, die der Vergangenheit der Kirche sehr kritisch gegenüberstehen, die proletarischen Schichten, auch noch den letzten Rest von Vertrauen zu den innersten Kräften des Christentums und seinen Verkündern verlieren.

Wenn die Kirchen sich so einstellen, dann zeigen sie wieder einmal, daß ihre „überpolitische Stellung“ eine Fiktion ist, daß sie nicht für alle da sind, sondern für bestimmte Kreise, bestimmte Schichten in unserem Volke, daß der Vorwurf einer Klassenkirche nicht ganz zu Unrecht erhoben wird.

Wir anderen aber, die wir nicht so denken wie die oben zitierten Kirchenführer, wir werden die Massen aufrufen zur Enteignung der Fürsten. Wir fürchten nicht, daß wir uns eines Unrechts vor Gott schuldig machen, wir wissen aber, daß wir durch die Enteignung der Fürsten ein Unrecht gegen die Armen unseres Volkes verhindern können.

## Volk und Dichter.

### Die Volksbühne als Auftraggeberin des Dichters.

(Eine Anregung von Alfred Wolfenstein.)

Was der in den nächsten Tagen erscheinenden, der deut. Volksbühnenzeitung in Hamburg gewidmeten Nummer der Zeitschrift „Die Volksbühne“.

Es herrscht bekanntlich allgemeines Verlangen nach dem Werk eines Dichters. Man wartet darauf, wartet so sehr, und so ausschließlich, daß man sich inzwischen selbst nicht rührt. Man könnte sich gegen die Kunst auch nicht anders verhalten, wenn man gar nicht auf sie wartete.

Aber kann man überhaupt etwas zum Erscheinen und zum Schaffen des Dichters tun? Ist er nicht ein von den sonstigen Arten des arbeitenden Menschen verschiedenes, aus dem Nichts schöpfendes, sonderbar inspiriertes Wesen, dem man nicht hinter die Kulissen des Unsichtbaren blickt? Zugleich soll er allerdings ein fahbarer und zugänglicher, in seinem Vaterlande wurzelnder Sterblicher sein, zeitgemäß, publikumgemäß in seinen Stoffen und Formen, ein wirklicher Helfer seines Volkes. Die Schwierigkeit ist nur, daß er ebenso sehr auf das Volk rechnen muß wie dieses auf ihn, — und daß diese Empfindungen immer wieder den größten Wert darauf legen, sich gegen den Dichter möglichst spröde und untätig zu verhalten. Ich rede hier nicht von materieller, sondern von ideeller Unterstützung. Aber gerade hieraus kommen sie nicht, es erscheinen ihnen als eine seltsame, entweichende und enttäuschende Zumutung, daß sie am Schaffen des Dichters irgendwie teilnehmen sollten. Sie wünschen sein Werk nur fertig zu sehen und zu genießen, sie halten ihm gegenüber noch aus orientalische Hochheitsgebährde, — ohne mit der Braut vorher einen Zusammenhang gehabt zu haben, möchte man sich von ihr vollkommen überraschen lassen.

Haben sie nicht ein Recht dazu, sich nicht zu rühren, bis sie vom Dichter gerührt werden? Ist sein Schaffen nicht tatsächlich eine jeder Beeinflussung abholde, geheimnisvolle Arbeit, und kann er es überhaupt wünschen, daß man sich darin einmischt? Aber es gibt eine gewisse der Kunst willkommene, in vielen Epochen geübte Art der Einmischung. Das ist der Auftrag an den Künstler.

In Zeiten durchgeführter Kultur wirkt der überall umlaufende geistige Strom wie eine einzige große Aufforderung zum Schaffen, die Kultur ist die allgemeine unsichtbare Auftraggeberin. Aus dem Griechentum, der Gotik, dem Barock springen die Werke wie unter einem breiten unwillkürlichen Druck hervor. Es ist eine unterirdische Gemeinsamkeit des Stils und der Kraft vorhanden, die alle Dämonen fruchtbar macht und ans Licht fördert. Dorn, Gemälde, Statuen, Dichtungen brechen aus dem Nichts hervor und gewinnen Gestalt, als hätte ein Donneranruf sie geboren.

Wer ruft den Künstler heutzutage? Nicht nur die gemeinsame Kultur trägt ihn in jenen Epochen, auch der einzelne Nachhahler tritt an ihm heran und erbittet oder erzwingt sogar seine Arbeit. Verflüssigt bittet Sophokles, Julius zwingt Michelangelo, Ludwig, Elisabeth geben Molière, Shakespeare bestimmte Aufträge. Der Archont, der Papst, der König, die Königin haben ihren Anteil an der Fruchtbarkeit des Künstlers.

## Dreist und gottesfürchtig!

Die in dem vorstehenden Artikel treffend gekennzeichnete einseitige Stellungnahme der evangelischen Kirche für die Fürsten gegen das Volk wird um so rücksichtsloser, je weiter die Geistlichen von dem kritischen Lichte der Großstadt entfernt wohnen. Da erscheint z. B. für den Kirchenkreis Jülichau-Schwiebus ein „Evangelisches Sonntagblatt“, das von dem Superintendenten Dr. Bronisch in Jülichau redigiert wird. Das Blättchen leistet sich die wüsten Ausfälle auf das verfassungsmäßige Recht des Volksschiedes und auf die Parteien, die von ihm Gebrauch machen. Ein gläubiger Leser des Blattes hat dem Herrn Superintendenten daraufhin eine Karte geschrieben, in der er mahnt, daß die Kirche sich doch nicht in die politischen Streitigkeiten einmischen, sondern Frieden stiften müsse. Darauf antwortet ihm der Superintendent im Briefkasten des Blattes dreist und gottesfürchtig:

Ihre Karte ist ein trauriges Beispiel der erschreckenden sittlichen Verwirrung gewisser Volksteile in der Frage der entschädigungslosen Fürstenenteignung. Ihre Worte: „Meiner Meinung nach muß die Kirche, und was mit ihr zusammenhängt, Frieden und nicht Zwietracht säen“, entwürdigend die Kirche zu einer Seltenheit, krummen Gutherzigkeit des schändlichen, durch das Volksgeheben beabsichtigten Raubes am Eigentum unserer Volksgenossen. Was haben Sie doch für eine geradezu verworrene Vorstellung von der Kirche! Die Kirche nennt Sünde unbeitr „Sünde“ und warnt unser Volk öffentlich ernst davor, sich mit Diebstahl das Gewissen zu besteden. Daß sie damit den Leuten nicht gefällt, denen das 7. Gebot nicht gefällt, ist selbstverständlich. Aber solche Leute sollten auch aufhören, sich Christen zu nennen, oder sollten erst einmal wieder die 10 Gebote lernen, ehe sie sich erdreisten, die Kirche zu belehren und zu tadeln! —

Man sieht, dieser Kirchenoberster hat gar nicht die Absicht, politische Dinge politisch zu nehmen. Er hält es für sein Recht, diejenigen zu beschimpfen, die von ihrem verfassungsmäßigen Rechte der Gesetzgebung durch das Volk Gebrauch machen und würde sich wahrscheinlich wundern, wenn man ihn deshalb einen Heppriester nennen würde. So wenig haben diese „Diener des Wortes“ mit dem stundenlangen Leben gemein, daß sie lieber ihre Gläubigen aus der Kirche verjagen, als sich von ihrem reaktionären Treiben fernzuhalten.

Ebenso böseartig ist ein Fall, der uns aus dem Kreise Sternberg berichtet wird. Dort liegt ein Ort Stenzig, der fast durchweg von kleinen Besitzern bewohnt ist. In diesem Orte amtiert ein Pfarrer Knießke, der natürlich nicht fern bleiben kann, wenn es gilt, für die Silberlächer der Hohenzollern einzutreten. Stenzig ist ein ganz armes Bauerndörfchen und liegt völlig abseits der großen Durchgangsstroßen. Trotzdem der Ort bei seinen 300 Wählern fast regelmäßig 30 sozialdemokratische Stimmen aufbringt, hat dort noch niemals eine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden.

Vor kurzem sollte nun die erste derartige Versammlung abgehalten werden, um Aufklärung über den Volksschied zu verbreiten. Pfarrer Knießke ließ es sich nicht nehmen, mit

## Stimmischeine besorgen!

Aber auch Ausweise mitnehmen!

Wer am Sonntag aus einem dringenden Grunde nicht in seinem Wahlbezirk anwesend sein kann — etwa weil er auf Reisen ist —, der muß sich in seinem Wahlamt einen Stimmschein besorgen, der in Berlin bis einschließlich Sonnabend ausgegeben wird.

Auf jeden Fall aber muß jeder, der mit Stimm Schein abstimmen geht, sich auch noch einen Ausweis über seine Person mitnehmen, um allen Möglichkeiten gewachsen zu sein. Also: rechtzeitig Stimmschein besorgen und bei Antritt der Reise

## Ausweispapiere mitnehmen!

Heute spielt statt der Kultur höchstens die Not diese Rolle, aus einem Dichter, Balzac oder Dostojewski, eine lange gehegte Reihe von Werken heroorzurufen. Und an Stelle des Nachhabers steht allenfalls der Verleger, um auf Grund des abgeschlossenen Vertrages etwa Gottfried Keller zu zwingen, daß er sich unter Tränen seinen Grüns Heinrich abhandelt. Wie es keine stilistische Gemeinschaft mehr gibt, keine prästabilierte Harmonie, die wechselseitig und unwillkürlich die Anregung zum Schaffen und die Empfänglichkeit für die Kunst hervorruft, so ist auch der bewußte Auftraggeber an die Kunst der Wägen verschwunden.

In der Volksbühne sehe ich hier eine letzte, eine neue Möglichkeit: sie kann an beiden Stellen treten. Sie muß den Mut zu ihrer eigenen kulturellen Atmosphäre haben, in der dem Dichter eine ganz neue dramatische Anregung erwächst, — und sie muß diese Stimmung noch bewußt unterstützen und weitertreiben als die moderne Nachhaberin, die sie ist. Sie muß sich um das Werk kümmern, das sie braucht! Sie muß den Dichter zu sich zwingen! Denn er kommt noch nicht deshalb, weil sie da ist. Sie muß selbst jede ihrer lebendigen Forderungen erfüllen. Ein Heer von Mitgliedern, eine große Schar von Schauspielern, ein wandernder Kreis von Theatern kann wie ein eher lähmender als befruchtender Haufen der Entwicklung lasten, wenn sie nicht alle ihre lebendigen Funktionen ausüben.

Ich schlage vor, daß die Volksbühne einen solchen Versuch mache. Sie veranstalte ein Ausschreiben um Werke für ihre Theater, sie erteile Aufträge an Dichter. Die überall geheimte Schaffensfreude wird einen neuen Antrieb erhalten, das Chaos der Formen und Stoffe wird festes Band gewinnen, und zugleich mit dieser Belebung ringsherum wird sie selbst zu Werken kommen, die ihr das rechte Gesicht verleihen. Noch wichtiger als mancher andere Ausschreib wäre dieser: der, zusammengesetzt aus Leitern der Volksbühne, Zuschauern und Selbstschaffenden, die Aufträge der Volksbühne auszuschreiben hätte. Er würde der Öffentlichkeit, den Dichtern, die ihr schon nahe stehen, und denen, die sich zu ihr entwickeln können, die Wünsche und Gedanken vor allem auch der Volksbühnenjugend, den empfänglichen Drang dieses ganzen Kunstkörpers vermitteln und bestimmte Stoffe und Probleme, sogar bestimmte Formen vorschlagen, wie es frühere Nachhaher gleichfalls taten. Man fürchte nicht, dadurch unfreie Werke zu erhalten, — oder besser: diese wird man nicht gebrauchen können. Der Dichter wird durch Zwang und Botschaft nur zu noch größerer Entfesselung angespornt, er hält sich und seine Freiheit doch schädlos im Wesen seines Werkes. Die echte Arbeit wird man auch bei solchen Aufträgen gerade daran erkennen, wie sehr sie von ihnen abweicht, — obwohl sie ihnen entspricht.

Man übertrifft nicht, wenn man auf die Volksbühne noch hofft wie auf eine Insel im hallofen Deutschland, wie auf eine Kletterin im Katastroph der Zeit. Sie hat Bühne und Volk wieder zueinander gebracht, sie holt jetzt den Dichter hinzu. Auch ihn gilt es zu retten, die Kunst gilt es zu verteidigen. Die Verbindung mit einer unter sich dicht verbundenen Schar von Menschen kann der Kunst neue Kraft und eine Form bringen, und der Volksbühne bringt sie zugehörige Dichter. Auch dies ist ein Schritt zu der einheitlichen und entschloßenen Front einer Kunstgenossenschaft, die ihr auf dem Wege in die Zukunft not tut.

einer Anzahl Jungbauern in der Versammlung zu erscheinen und von vornherein durch gemeinsames Gebrüll den Redner niederzuschreien. Als das nicht gleich gelang, forderte Knießke direkt auf, den Sozialdemokraten mit Gewalt aus dem Dorfe zu jagen. Seine fanatisierten Anhänger stießen sich diesen „Christlichen“ nicht zweimal geben, und da sie in der Uebermacht waren, gelang ihnen dieser Gewaltakt.

Es wird behauptet, daß Pfarrer Knießke wegen ähnlichem Verhalten schon einmal strafverurteilt worden ist. Er will sich jetzt, da der Wind für ihn günstig zu wehen scheint, wahrscheinlich wieder in empfehlende Erinnerung bringen. Vielleicht nimmt die Kammer Döhning und Vogel ihn in ihren Bund als dritten auf. Er hat sicher Anspruch auf diese Gemeinschaft.

## Münchhausiaden.

Ein „Mann“ greift ein.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom Mittwoch abend zieht ein Freiherr Börris v. Münchhausen gegen die Fürstenenteignung vom Leder. „Wer einen Gesetzesantrag einbringt“, sagt er, „fremdes Eigentum zu stehlen, macht sich der Anstiftung zu einem Verbrechen schuldig... Ein Mann würde den Staatsanwalt anweisen, die, welche zu einem Verbrechen auffordern, zu belangen. Ein Mann greift ein, wo ein Verbrechen geschieht. Und braucht dazu weder Aufforderung noch Vorschrift, weder Gesetz noch Parlament. Ein Mann!“

Der „Mann“, der jetzt diese heitere Albernheit zu Papier bringt, ist derselbe Münchhausen, der vor einigen Jahrzehnten durch seine Denunziation gegen Richard Dehmel sehr ernsthaftes Aufsehen erregte. Damals entblödete er sich nicht, Dehmel als Verfasser unzüchtiger Literatur der Staatsanwaltschaft zu denunzieren, — ein Verfahren, das die Empörung aller anständigen Leute hervorrief und eine durch Bierbaum veranlaßte Aktion deutscher Dichter gegen den Münchhausen zur Folge hatte. Heute ist er harmloser geworden und sein Ruf nach dem Staatsanwalt erweckt nur noch Fröhlichkeit. Im Kreise der pathetischen Fürstenknechte haben wir die lustige Person nur ungern vermisst. Ein Münchhausen fehlte noch.

## Wilhelms Marmorlosetts.

Im Sommer 1911 war es, als das Kaiserpaar die Stadt Köln am Rhein durch seinen Besuch beehrte. Eine der beliebtesten Denkmalsentwürfen war der Anlaß. Der Magistrat unter der Leitung des heutigen deutschnationalen Abgeordneten Wallraf überschlug sich in Byzantinismus. Geld spielte keine Rolle: Der fünfständige Besuch verschlang rund 250 000 M. Der Gipfel des Wahnsinns aber war dies: Im Stimmensaale des Gürzenich wurden für das Herrscherpaar eigens zwei Marmorlosetts eingebaut, die am Tage darauf sofort wieder entfernt wurden und nicht weniger als 40 000 M. gekostet hatten. Leider indessen geruhten die Majestäten nicht, die Einrichtung zu benutzen.

Sinnlose Verschwendung, wenn es auf die Tasche des Steuerzahlers ging, Habgier und Geiz, wenn es die eigene Börse betraf, — so war der Wilhelmismus. Zeigen wir den Herrschaften am Sonntag, daß wir sie durchschau haben!

Ein Reichschrenmal im Wald von Berka bei Weimar. Im Reichsministerium des Innern hat unter dem Vorsitz des Ministers eine Besprechung verschiedener Frontkämpferverbände weitgehende Uebereinstimmung darüber ergeben, daß für ein Reichschrenmal der Wald von Berka bei Weimar in Betracht komme und daß die Ehrung der Gefallenen in die Form eines Ehrenhains gefeiert werden solle. Die Angelegenheit wird demnächst dem zuständigen Ausschuss des Reichsrats unterbreitet werden. Man rechnet mit einer baldigen endgültigen Entscheidung.

Die Rücktrittsaufforderung an Dr. Beneš, die seine eigene Partei an den tschechischen Außenminister gerichtet, hat ihren letzten Anlaß in der Erhöhung der Priestergehälter, die die Regierung jetzt vorschlägt, unmittelbar nachdem sie lebenserweiternde Zölle durchgedrückt hat.

## „Kavalier Jad.“ (Theater am Kurfürstendamm.)

Dieser Kavalier hat das Damigil gewechselt. Das Publikum im Westen Berlins hätte, auch wenn es weniger blasiert wäre, an ihm keinen Gefallen gehabt. Die Geschichte des Gentlemeneinbrechers und wiedergeborenen Sohnes, oft ausprobiert, geht noch an. Aber in 2½ Stunden rückt man nicht vom Fleck und ist so klug wie beim ersten Aufsehen des Vorhanges. Die karikierten Lustspielfiguren bekommen nur durch Wahmanns und der Dora Improvisationen Farbe und Leben. Bessere bringt durch ein selbstgeübtes Couplet die Zuhörer 5 Minuten aus der Vangeweile zum Lachen. Es geht gegen die feigen Männer und gegen die modernen Damen. „Stolz sind die Damen auf ihre Knochen, die spitzen; ich möchte nur wissen, worauf diese Menschen sitzen.“ Und so fort. Prachtwort und fastig. Der Komponistin Carita von Horst ist die gesamte zeitgenössische Operettenschlagerliteratur eingeflossen. Kein einziger Ton der Selbständigkeit. Schließlich landet es beim „Räbi“. Die Technik eines schmissigen Couplets hat diese Frau zwar (Lied von Jad u. a.), aber nichts Eigenes, um die Form zu füllen. Die Schauspieler geben sich Mühe, kamen aber bei der Durchsichtigkeit der Handlung oft ins Stocken. Bruno Arno stellte eine Kopie von Kurt Bois auf die noch nicht so eleganten Beine, Adolf Falken singt fast zu ferio, Elisabeth Balzer mußte die paar dramatischen Pointen durch steifes, gemachtes Wesen glücklich zu verpappen. Claire Clairn ist so süß wie klein und temperamentvoll. Sie zieht an, auch wenn sie nichts anzieht. Ewald Huth, der Sommerdirektor, dirigiert.

R. E.

„Laden links“ darf als Werbemittel zum Volksscheid nicht vergessen werden! Die neue Nummer 25 ist ganz eingestellt auf den Kampf gegen die Fürstenabgier. Politische Satire war von jeher eine wirksame Waffe der Unterdrückten. Sorgt für weiteste Verbreitung von „Laden links“ und ihr führt dem Volksscheid Tausende von Ja-Stimmen zu! „Laden links“ kostet pro Nummer 25 Pf. und ist zu beziehen durch alle Postanstalten und Volksbuchhandlungen oder direkt vom Verlag A. H. W. Diez Nachf., Berlin SW. 68. Man verlange „Laden links“ an allen Zeitungskiosken.

In der Nationalgalerie findet Mitte April eine Ausstellung deutscher, französischer, englischer und amerikanischer Kunst statt. Von deutschen Malern wurden eingeladen: Gemenz, Gredel, Pechlein, Kolbe, Rurmann und Bildhauer Kolbe und Sinteris; von den französischen: Derain, Raffaele, Picasso und der Bildhauer Kailol.

Das Künstler-Sommerfest der Noosberggruppe findet am kommenden Sonntagabend auf dem kleinen Sommeranbau des „Schneeberg-Brugg“ Dorcheba“ statt. Gedächtnisfest, die große Schiffschiff und geräumige Strandbaste machen die Veranstaltung unabhängig von der Bitterung. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Adenbachstr. 21.

Eine deutsche Auswanderung in Japan. Durch Vermittlung des kaiserlichen Konsuls und Unterstützung der japanischen Politik findet im Herbst eine Auswanderung deutscher Kunst in Tokio statt. Die Vorbereitungen für die Zusammenstellung sind bereits aufgenommen worden.

Zur Eröffnung der Meeresströmungen hat das amerikanische Marineministerium 10 000 verlesene Pläne im Meer werfen lassen. Jede Karte enthält ein Schreiben, in welchem der Finder gebeten wird, den Standort der Karte dem Marineministerium anzuzeigen. Die eingelaufenen Mitteilungen werden verarbeitet, um als Grundlage für eine neue Seefahrt zu dienen.



## Pilsudski, der Militarist.

### Erhaltende Beziehungen zur PPS.

Warschau, Mitte Juni. (Eigener Bericht.) Die Entwicklung der letzten Wochen hat viele enttäuscht, die in Josef Pilsudski bis dahin einen Wortkämpfer der Demokratie oder gar des Sozialismus gesehen haben. Diese Entwicklung kann man nur dann richtig begreifen, wenn man Pilsudskis Charakter auf Grund seiner Entwicklung näher kennen lernt: Er ist Militarist durch und durch. Wenn er sich seinerzeit dem revolutionären Kampf der PPS. gegen die zaristische Fremdherrschaft angeschlossen, so geschah das aus national-polnischen Gründen, aber auch deshalb, weil die Kampforganisation der PPS., da sie es mit zarischem Militär zu tun hatte und es einen parlamentarischen Kampf nicht gab, ja nicht einmal eine „legale“ sozialistische Presse und Organisation bestehen konnte, zum Kampf mit den Waffen greifen mußte. Für die tiefe militärische Neigung Josef Pilsudskis ist es gewiß bezeichnend, daß er schon lange Jahre vor dem Weltkrieg einen Verein der Freunde militärischer Forschung bildete. Er selbst beschäftigte sich stets, leidenschaftlich interessiert, mit der Geschichte und den Problemen der Taktik und Strategie, und er hat ja auch, nach polnischer Meinung, besonders im Kriege mit Sowjetrußland Talent zum Heerführer bewiesen.

Der nichtmilitärischen, parlamentarischen Politik hat er stets ferngestanden und ihr durch und seit seinem Putz unausgesetzt und in denkbar schärfster Weise seine Berachtung bekundet. Er ging in die Opposition gegen Polens Regierung und Parlament, als er seinerzeit gegen seinen Willen in die Reichaktivität veretzt wurde. Wie das geschah konnte und durfte, hat Pilsudski nie begreifen wollen. Sein und seiner Freunde fortwährendes Drängen, daß er, Pilsudski, wieder die Leitung des Heeres erhalten müsse, entsprang allerdings nicht etwa einem Kriegswillen des polnischen Marschalls, sondern seinem beherrschenden Verlangen, sich in amtlicher Verantwortung mit militärischen Problemen beschäftigen, Heeresübungen veranstalten zu können und dergleichen mehr.

So stellt sich Pilsudskis militärischem und unpolitischem Geist die Lösung der innerpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens höchst einfach dar: ausreichende Vollmachten für den Staatspräsidenten, d. h. praktisch für Pilsudski, und mit Ehrlichkeit und Anständigkeit werde alles gehen. Dabei sieht er als „Korruption“ schon an, wenn eine Parlamentsfraktion gewisse politische, soziale und wirtschaftspolitische Forderungen mit der Drohung durchzusetzen gesucht hat, bei Nichterfüllung in Opposition zu gehen. (Natürlich soll damit nicht gesagt sein, daß nicht tatsächlich genug wirkliche Korruption vorhanden ist, die eben Pilsudskis Parole gegen die Korruption so populär gemacht hat.) Die Leute, die Pilsudski als Staatspräsidenten und Minister eingesetzt hat, sind fast durchweg Nichtpolitiker, ohne darum aber Respektsschamänner zu sein.

Inzwischen ist es auch ziemlich sicher geworden, daß jene nächste Besetzung des Pilsudskischen Wohnhauses in Sulejew, die den Anlaß zu Pilsudskis Marsch mit den Truppen von Rembertow nach Warschau gegeben haben soll, überhaupt gar nicht erfolgt ist! Begeisterte Pilsudski-Anhänger sollen diese Mär aufgebracht haben, zur großen Enttäuschung des Marschalls selbst, die sich auch handgreiflich geäußert haben soll. Die ganze Entwicklung der letzten Wochen, zusehender der Präsidenteneid im ehemaligen Königsschloß statt im Sejmgebäude und der bezeichnende Umstand, daß Pilsudski gleich mit dem Staatspräsidenten im Schloß Wohnung genommen hat, die Theorie Pilsudskis, daß der Staatspräsident und nicht die Volkvertretung Träger des Volkswillens und der Volkshoheit sei — dies und manches andere haben längst beim größten Teil der PPS. die Solidarität mit Pilsudski zum Verschwinden gebracht. Man ist sich auch darüber klar, daß der Marschall die von der Linken stürmisch geforderte Neuwahl des Parlaments darum nicht will, weil er weiß, daß der neue Sejm viel demokratischer und viel weniger militaristisch sein wird als der jetzige. Von Pilsudskis Regieren mit Nichtschamännern, deren Mängel gut klingende Parolen nicht erlösen können, erwartet man keine Besserung.

Am 22. Juni soll der Sejm wieder zusammentreten, um das Ermächtigungsgesetz zu beschließen. Die Regierung will vorschlagen, daß der Staatspräsident ermächtigt werde, gegen jedes vom Parlament beschlossene Gesetz Einspruch zu erheben — mit nicht nur ausschließender Wirkung! Ferner soll der Staatspräsident das Recht erhalten, das Parlament jederzeit auflösen zu können. In Zukunft soll das Parlament auch nur durch drei Monate im Jahr tagen!

Solch antidemokratischen Vorschlägen gegenüber erhebt sich in der PPS. und anderen Parteien der stärkste Widerspruch. Die Ernennung des sehr weit rechtsstehenden Romazki zum Eisenbahnminister, sein und des Ministerpräsidenten Bartel Austritt aus ihren Parteien, somit die Entparlamentarisierung der Regierung, sind weitere Ursachen zum steigenden Mißtrauen der polnischen Demokratie in den neuen Kurs.

### Aufhebung des Ausnahmezustandes in Pomerellen.

Warschau, 17. Juni. (W.T.B.) Der Ministerrat hat in seiner gestrigen Sitzung den Beschluß gefaßt, den Ausnahmezustand in Pomerellen aufzuheben.

## Die englische Bergbaukrise.

### Die Regierung gegen die Arbeiter.

London, 17. Juni. (W.T.B.) Die Regierungsvorlage, durch die eine achttündige Arbeitszeit in den Bergwerken gestattet wird, soll nächste Woche im Unterhaus eingebracht und so schnell wie möglich erledigt werden.

Das Kabinett besaßte sich, wie verlautet, in seiner heutigen Sitzung mit der Frage der russischen Geldsendungen anlässlich des Generalstreiks und mit den russischen Unterstützungsgeldern für die streikenden Bergleute.

London, 17. Juni. (W.T.B.) In einer Sitzung der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei wurde eine Entschließung angenommen, die besagt: Die vorgestern abgegebene Regierungserklärung über Arbeitszeit und Löhne in den Bergwerken widerspricht den Vorschlägen der Kohlenkommission, bedeutet die Kapitulation vor den Forderungen der Grundbesitzer und kann den Kampf in der Kohlenindustrie nur verlängern und verschärfen. Die Arbeiterpartei wird daher den Vorschlägen der Regierung den stärksten Widerstand entgegensetzen.

„Für Monarchie und Mannesmann.“ Zu dieser von uns vor einigen Tagen veröffentlichten Notiz teilt uns die Mannesmann-Industrie- und Handels-A.G. mit, daß der von uns erwähnte Oberleutnant von Falkenhann zwar tatsächlich beim Reichsbürgerrat für Herrn von Loebell gegen den Volksentscheid tätig ist, daß dieser Herr aber ihr vollkommen fernstehe und keineswegs mit dem Direktor ihrer Automobilabteilung von Falkenhann identisch sei. Ihre Firma lege grundsätzlich das größte Gewicht darauf, daß ihre Angehörigen sich jeder politischen Tätigkeit namens der Firma enthalten. Der Vorwurf, daß sie völkisch eingestellt sei, beruhe infolgedessen im vorliegenden Fall auf einer Namensverwechslung und sei auch im übrigen nicht zutreffend.

## Die Bank im Grünen.

Mittwoch mitternacht. Die Anlagen am Belle-Alliance-Platz sind fast menschenleer. Die Luft ist frisch und feucht. Trüch sind auch die Wege und Bänke. Sonst sitzen um diese Stunde in den lauen Sommernächten die Liebespärchen, festumklungen, eins auf jeder Bank, zuweilen auch zwei. Heute nacht hat sie die Rasse vertrieben. Die Nebenwege sind einsam, nur über den mittleren breiten Verbindungsweg zwischen Friedrichstraße und Halleschem Tor, an der gepensterten Siegessäule vorbei, gehen etliche Passanten eiligen Schrittes nach Hause.

Blötzlich vernimmt man aus den Anlagen Rufe des Erstaunens oder gar des Entsetzens. Menschen laufen durch die Nacht nach einer noch unsichtbaren Stelle. Ein Menschenhaufen bildet sich, verdichtet sich, schart sich um eine einsame Bank. Dort sitzt ein älterer Mann, unbeweglich, Kopf hängt seitwärts, etwas zurückgelehnt. Schläft er? Die fernen Lichter, durch die dichten Blätter der Bäume und Gebüsche nur spärlich durchgelassen, lassen es kaum erkennen. Streichhölzer werden angezündet; ihr kurzes Aufblitzen läßt die Blässe des Mannes erkennen und seine völlige Regungslosigkeit.

„Grüne“ und „Blaue“ tauchen auf, Blendlaternen werden auf das Gesicht gerichtet. Jetzt weißt man es: er ist tot. Ein Arzt erscheint, bestaunt es. Die Menschen stehen um die Bank, diskutieren: Herzschlag? Vielleicht Vergiftung? Einzelne wollen verdächtige Gestalten in der Nähe beobachtet haben. Papiere hat der Tote nicht. Sollten sie ihm gestohlen worden sein? Ist er am Ende erwürgt worden? Schon ereifern sich einzelne Menschen, zumal das Zuschauerpublikum sich um allerhand Mitternachtsgefallen bereichert hat, Dirnen, Zuhälter und auch Undefinierbare. Der eine läßt den anderen „feststellen“. Das Ueberfallkommando muß sich die Arbeit teilen: teils Schlichter, teils Totenwächter.

Nach einer Stunde sitzt die Leiche, in Erwartung des Wagens aus der Hannoverschen Straße, noch immer auf der Bank. Und die Menschen starren sie an.

Donnerstag vormittag. Die Sonne scheint über den Belle-Alliance-Platz. Frauen, Greise und Kinder füllen die Anlagen, viele, viele Proletarierkinder. Die Bänke sind überfüllt. Auch die Bank, auf der wenige Stunden vorher der tote Unbekannte lag. Gerade auf der Bank sitzen kleine Kinder und spielen. Gewiß: es war wohl sicher nur ein Herzschlag, also keine Ansteckungsgefahr. Und trotzdem, daß die kleinen Kinder sich auf dem gleichen Holz herumtummeln, singen und spielen, erzeugt Unbehagen. Aber so ist nun einmal das Leben: die Kinder wissen nichts — und der Tote weiß erst recht nichts — und so darf das fröhliche Leben gerade dort blühen und jauchzen, wo noch in derselben Nacht der Tod einen älteren, unbekanntem Mann getroffen hat. . . .

B. Sch.

Nach dem heutigen Polizeibericht fand man nachträglich im Leichenschauhaus in den Taschen des Toten eine Flasche mit Strichn. Es dürfte also Selbstmord vorliegen. Im übrigen ist der Tote nach wie vor unbekannt; sein Totentuch weist als einziges Erkennungszeichen ein Monogramm D. H. auf.

## Das Unglück im Wannsee.

### Die Rote-Kreuz-Leitung schwer belastet.

Zu dem Unglück auf dem Wannsee erfahren wir, daß trotz eifriger Nachforschungen des Reichswasserschutz, die sich über den ganzen See erstreckten, die Leiche des ertrunkenen Schülers Wilhelm Jähle aus Zehlendorf noch immer nicht geborgen werden konnte.

Im Laufe des heutigen Vormittags begab sich Kriminaloberinspektor Otto, dem die Untersuchung der Schuldfrage obliegt, nochmals nach Wannsee hinaus, um an der Unfallstelle erneut eingehende Untersuchungen über die Wassertiefe und etwa vorhandene Schlingpflanzen vorzunehmen. Schon jetzt kann mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden, daß die Leitung der Wasserdemontage die Schuldige ist. Heute vormittag wurde Sanitätsrat Dr. Prießel, der bekanntlich die Oberleitung der Sanitätsübung in Händen hatte, eingehend von der Kriminalpolizei vernommen. Die bisherige Vernehmung hat ergeben, daß die Begleitumstände des Unfalls und die Organisation der Veranstaltung erkennen lassen, daß von den verantwortlichen Herren des Roten Kreuzes nicht mit der genügenden Vorsicht und Umsicht zu Werke gegangen ist, so daß sie stärker belastet erscheinen, als man bisher annehmen konnte. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei werden ebenfalls noch weitergeführt. Auf dem Polizeiamt Zehlendorf fanden sich am Vormittag wieder die stesbetäubten Eltern des Knaben ein. Sie konnten erfahren, daß die Leiche ihres Kindes noch nicht aufgefunden wurde. Trotzdem ist es für die Untersuchung der Kriminalpolizei von Wichtigkeit, daß sich noch Zeugen aus dem Publikum melden, die das Unglück vom Ufer aus beobachtet haben. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß alle derartigen Mitteilungen streng vertraulich behandelt werden. Sie sind an Kriminaloberinspektor Otto beim Polizeiamt Zehlendorf zu richten.

### Das rasende Privatauto.

#### Eine Person getötet, eine schwer verletzt.

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern nacht kurz nach 112 Uhr in Charlottenburg vor dem Hause Berliner Straße 156/157. Der 37jährige Arbeiter Max Jankowski aus der Heimböhlstraße 33 wollte zusammen mit seinem Begleiter, dem 22jährigen Arbeiter Richard Dura, wohnhaft Nordhauser Straße 15, den Fahrdamm überqueren. Im selben Augenblick nahnte von hinten in sehr schneller Fahrt ein Privatautomobil und überfuhr die beiden. Richard Dura hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß er nach wenigen Minuten an der Unfallstelle infolge innerer Verletzungen und eines Schädelbruchs verstarb. Glücklicher kam Jankowski davon. Er zog sich stark blutende Fleischwunden und Hautabwürfungen zu und land auf der nächsten Rettungsstelle erste Hilfe. Eine Frau Margarete Sch. aus der Dubenarder Straße 21, die Zeugin des furchtbaren Vorfalles wurde, bekam Schreckkrämpfe und einen Nervenschlag. Auch sie mußte zur nächsten Rettungsstelle gebracht werden, von wo sie nach ärztlicher Behandlung in ihre Wohnung entlassen werden konnte. Der Führer des Privatauto, der 29jährige Georg Hottig aus der Frischhofstraße 44, der stark angezogen gewesen sein soll, verfuhrte mit seinem Wagen zu entkommen. Schutzpolizisten nahmen aber die Verfolgung auf und verhafteten ihn.

### Glück im Unglück.

Heute früh gegen 16 Uhr wurde der Polizeiwachmeister D. vom Revier 8 von Hausbewohnern nach dem Wronbühlplatz 11 gerufen, wo der Arbeiter E. Boldt eine Wohnung inne hat und aus der starker Gasgeruch drang. Die Wohnung wurde geöffnet und der Verdacht fand keine Bestätigung. Boldt und dessen Ehefrau, seine drei Kinder im Alter von 8 bis 15 Jahren, sowie die Mutter der Frau wurden in ihren Betten durch Gas vergiftet aufgefunden. Die Feuerwache wurde zu Hilfe gerufen, die dort Rettungsversuche mit Sauerstoffapparaten anstellte, die glücklicherweise bei allen Personen Erfolg hatten. Wie die nähere Untersuchung ergab, hatte sich in der Küche der Gasflucht vom Gasterker gelöst, so daß größere Mengen Gas ausströmen konnten.

## Der Kampf gegen die Volksfelde!

Das Interesse der Massen für den Volksentscheid wächst täglich. Die maßlose Hege der Fürstentümer erreicht das Gegenstück des Bekämpfung aufgerüttelt, selbst kleinbürgerliche Elemente beginnen zu erwachen. Die Versammlung in den Hohenzollern-Sälen in Charlottenburg, in der Reichstagsabg. Genosse Crispian sprach, war so riesig besucht, daß eine Parallelversammlung, die gleichfalls in kurzer Zeit überfüllt war, einberufen wurde. Hunderte mußten umkehren. Und das trotz des wolkenbruchartigen Regens, der um 18 Uhr über Berlin niederging. Unsere Sache steht gut! Genosse Crispian gab eine historische Studie der Entwicklung der Fürstengeschlechter, beleuchtete das schmähliche Verhalten der vielen Potentaten zur Zeit Napoleon Bonapartes, wo jede der fürstlichen Jammergestalten um den Thron bettelte und vor dem Franzosen landesväterlich auf dem Bauche kroch. Wilhelm, der wahnwitzige Phrasenschmetterer, gehörte entweder ins Zuchthaus oder ins Irrenhaus. Er muß mit seiner „Lubenkolonie“ von 280 000 Morgen Land in Doorn wirklich nicht verhungern, wenn ihm das geraubte Gut abgenommen wird. Es geht am 20. Juni um unser nadttes Leben!

Die gefristete Rundgebung in der Aula Marktstraße zu Lichtenberg war so überfüllt, daß die Besucher bis auf den Flur standen. Genosse Aufhäuser hatte das Referat übernommen. Er führte aus: 6 Monate hat der Reichstag versucht, ein Kompromiß zustande zu bringen, um die Volksbewegung aufzuhalten. Die Fürsten sind nur zu den Lippen Forderungen gekommen, weil sie wußten, daß ihnen die Gründe alles bewilligen werden. Dieselben Industriellen, die ihre Steuern nicht bezahlt haben, weil sie angeblich kein Geld haben, bezahlen pro Arbeiter 20 Pf. in den Kompfunds gegen den Volksentscheid, weil sie genau wissen, daß es darum geht, ob das Volk zu bestimmen hat oder eine Clique. Die den interessantesten Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit gefolgte Versammlung sang zum Abschluß begeistert unsere Internationale.

Zu einer eindrucksvollen Rundgebung gestaltete sich unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Bruderkreis“ die öffentliche Versammlung der 115. Abteilung in Lichtenberg. Bis auf die Straßen heraus stautete sich auf dem Trapezplatz die werktätige Bevölkerung, die in den Arbeitsgewändern von der Werkstatt weg zur Rundgebung geeilt waren. Erfreulicherweise waren besonders auch viele Frauen erschienen, ferner sah man zahlreiche Kleinrentner und um ihr ganzes Hab und Gut geprellte ehemalige wohlhabende Bürger vertreten. Genosse Stadtrat Willi Klüßner erinnerte in seiner Ansprache an das „Spartakusbuch“ des ehemaligen Kaisers, der mit 43 Millionen Mark als „armer“ Mann ins Ausland Reihaus nahm. Es handle sich aber nicht nur am 20. Juni um das „Ja“ für die Fürsteneignung, die ganze innere politische Zukunft der Republik, die Reichs- oder Vlns-entwicklung des ganzen Staates hängt von dem Siege des Volkswillens an diesem Tage ab, eine Erkenntnis, die Graf Westarp eindeutig zu verstehen gab. Darum darf es nur ein einstimmiges Ja geben!

Genosse Dr. Löwenstein sprach in der Aula der königstädtischen Oberrealschule und man wünschte nur, es hörten ihn die, die es am meisten angeht. Immer noch gibt es Lehrerinnen, die den höheren Töchtern sagen: Seht, dieser große Friedrich ist das Muster einer sittlichen Persönlichkeit für junge Mädchen! Er war mit 16 Jahren Vater, wahrlich ein Muster! Die Regierung der Hohenzollern war eine fortgesetzte Reihe von Opfern für den Staat“ sagt Herr Hergt. Dabei waren sie die größten Boden- und Häuserpekulanten, gerissen wie Kutiser. Noch 1917 baute sich der Herzog von Altenburg ein Schloß für seine „Nächte mit einer schönen Frau“, Herzogslust genannt. Als man uns die Messinginschrift vor den Türen (schraubte, ließ der charaktervolle Kronprinz seiner Bräuterei Geliebten Goldzähne machen (die anderen waren von guten Essen faul geworden). Ein Beschmeiß von Fliegen nennt Tallegrand die deutschen Fürsten 1815. Sie sind nicht einmal die Penken wert, die man ihnen zahlt.

Die Schmaragdorfer hatten sich gestern abend im Schützenhaus in der Hundekohlenstraße zu einer Rundgebung versammelt. Vorher machte das Reichsbanner einen Umzug, von dem vernünftigen Teil der Bevölkerung freudig begrüßt. Der Saal trug den Schmuck der roten und schwarzrotgoldenen Farben. Genosse Hermann Lemperl, der das Referat hielt, ging in seinen Ausführungen auf die beim Volksbegehren erzielten Ergebnisse ein und zeigte daran, daß auf dem flachen Lande ein unerhörter Terror ausgeübt worden ist. Die Gutsbesitzer, die fast alle reaktionär bis auf die Knochen sind, haben viele Arbeiter mit Drohungen, daß sie entlassen werden oder daß ihnen die Kuh entzogen wird, von der Einzelnachung ferngehalten. Auch jetzt beim Volksentscheid müssen wir mit dem Terror der Agrarier rechnen. Genau so wie früher wird wieder mit Bier und Schnaps zur Wahl gearbeitet. Die Gottesdiener unterstützen natürlich die Gutsbesitzer, wie eben überall die Kirche den Raubzug der Fürsten unterstützt. Wir erwarten, daß das Volk am 20. Juni Abrechnung hält. (Reicher Beifall.)

### Volksfreiheit und Cäsarismus.

In den gewaltigen Rundgebungen in den Spichern- und Hohenzollernsälen, die am 14. und 15. Juni gegen den fürstlichen Milliardenraubzug stattfanden, wurde eine überaus wirkungsvolle Szene aus dem Leben Ferdinand Lassalles „Volksfreiheit und Cäsarismus“ zur Ausführung gebracht. Mitwirkende: Liese, Hegenwald, Dönigges. Die propagandistisch sehr wirksam aufgemachte Sache, die auch stiftlich keine Bedenken erregte, war zweifellos von starker Wirkung auf das Publikum, das aufs Lebendigste reagierte und an charakteristischen Stellen improvisiert zum leidenschaftlichen Mit- und Gegenspieler wurde.

### Verreiste beim Volksentscheid.

Wer am Tage des Volksentscheids nicht an seinem Wohnort sein kann, der darf außerhalb seines Wohnortes sich an der Abstimmung beteiligen. Zu diesem Zweck muß er aber, wie im „Vorwärts“ schon mehrfach mitgeteilt wurde, sich rechtzeitig einen Stimmchein besorgen, mit dem er dann an einem anderen Ort zur Abstimmung zugelassen wird. In Massen von Heilanstalten seien besonders darauf hingewiesen, daß sie an der für die Anstalt zuständigen Stelle, falls sie nicht ohnedies dort in die Liste der Stimmberechtigten aufgenommen worden sind, mit solchem Stimmchein ihr Stimmrecht ausüben können. Bei großen Anstalten, wie es z. B. die von Berlin aus belegten Heilstätten Beelitz sind, handelt es sich um Hunderte von Stimmberechtigten.

### Sechsfacher Mord und Selbstmord.

#### Eine Tragödie in Dortmund.

In der vergangenen Nacht löstete in einem Hause in der Leopoldstraße zu Dortmund der Schlächter Blaschewski seine Frau und seine drei Kinder in seiner Wohnung. Dann ging er in das Schlafzimmer der ein Stockwerk höher wohnenden Kostgänger und erschlug dort mit einem Beil einen von ihnen, mit dem er eine Nacht vorher geschlafen hatte. Die anderen Kostgänger wagten bei Verübung der Tat keinen Laut von sich zu geben. Dann kehrte der Mörder wieder in seine Wohnung zurück. Eine ihm im Hausflur entgegenkommende Frau, eine Mutter von sieben Kindern, schlug er ebenfalls nieder. In seiner Wohnung verübte der Täter dann Selbstmord.

Acht Personen bei einem Balkonabsturz getötet. In Neapel ereignete sich ein schweres Unglück durch den Absturz eines Balkons einer Wohnung im vierten Stockwerk, auf welchem sich Kapitän Padovani, ein bekannter faschistischer Organisator, und mehrere seiner Freunde aufhielten. Padovani und sieben seiner Freunde starben auf dem Transport ins Krankenhaus; die übrigen Bruchstücke sind schwer verletzt.



# Fahnen heraus! Am Sonnabend u. Sonntag schmückt Fenster und Balkons mit roten und schwarzrotgoldenen Farben!

## Scheibenschießen unter Lebensgefahr.

Die feinstalbrigen Übungen der verschiedenen Schützengilden sind augenblicklich große Mode der Reaktion. „Verlernen Sie das Schießen nicht“, ist die Devise jener reaktionären Intriganten, für die diese „Sport“ eine sehr hintergründige Sache ist. Wenn aber die Sportbegeisterung der Herrschaften das Publikum gefährdet, ist es Zeit, in die Praxis der Schützengilden ein wenig hineinzuflechten. Die Schützengilde Rehbrück-Bergholz feierte vom Sonntag bis Dienstag ein Schützenfest. Ein Freund unseres Blattes, der sich am Ufer der Rute aufhielt, hörte plötzlich drei Kugeln an sich vorbeischießen. Eine Kugel schlug kaum zwei Meter von ihm entfernt in den Uferland. Der Mann machte schreiend, daß er seine gefährliche Position als lebende Schießscheibe aufgab und flüchtete. Nach den Angaben unseres Gewährsmannes war der Schießstand circa 1500 Meter von der Einschlagstelle der verirrten Kugeln entfernt. Es müssen schon ganz stattliche „Kleinlöcher“ gewesen sein, mit denen die Schützenvereine ihrem „harmlosen Spiel“ fröhnten. Jedenfalls muß unbedingt verlangt werden, daß das friedliche Publikum vor den Gewehrfeuern entseelter Kriegervereine geschützt ist. Die ganze Schießerei der Schützen, Krieger- und sonstigen Schießvereine, besonders an den Sonntagen, ist aber im Grunde genommen unerträglich. Mit Ausnahme der Kirchzeit können die Herrschaften vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht mit ihrer Schießerei den tollsten Lärm vollführen, eine Störung der Sonntagsruhe ist das nicht. Als aber vor einiger Zeit an einem Sonntag vormittag gegen 10 Uhr ein Angefallener auf dem Balkon seiner Wohnung in der Schönhauser Allee seine Kleidungsstücke ausstapfte, da erhielt er durch das 65. Polizeirevier eine Geldstrafe von 5 M., weil er durch sein Zeugausstapfen die „äußere Heiligkeit des Sonntags beeinträchtigt und die Straßenluft verunreinigt (!) habe“. Mag sich die Polizei zur Begründung ihres Strafmandats auf die Berliner Straßenpolizeiverordnung und eine Reichsverordnung und noch ein Landesgesetz berufen, Tatsache ist, daß hier gegen diese an sich harmlose und unbedeutende Sache der Paragraphensturm entfesselt wird, während es anscheinend keinen einzigen Paragraphen gibt, mit dem die Polizei in der Umgebung der Schützenhäuser und Schießstände den Bewohnern einen ruhigen Sonntag gewährleisten.

## Rheinischer Nachmittag.

Die Rheinische Frauenliga lud gestern in den Räumen der Reichskanzlei zu einem fröhlichen Nachmittag. Der Besuch war über alle Erwartungen groß. Prolog des Vater Rhein, launig und wirtungsvoll gesprochen von Hans Rühlhofer. Hierauf ein Hymnus aufs Rheinland und seine schönen, heilsamen Bäder, prächtig gelungen von Kammerfänger Badmann. Darauf das Ballett Zimmermann und noch viele andere Darbietungen. Der Ertrag dieser Veranstaltung soll zur Wilderung der wirtschaftlichen Not des Rheinlandes beitragen und das Publikum soll erneut immer wieder auf dies prächtige Stück deutscher Heimat hingewiesen werden. In diesem Sinne aufgefaßt, fand ein sehr lustiger, geselliger Propagandamittag zwischen Bad Kreuznach (Peter Badmann) und Bad Neuenahr (Opernsänger Billing) vielen Beifall. Unter Musik, fröhlichem Gepolde — auch hier und da ein wenig rheinischem Seimweh — fand dieser hübsche Nachmittag seinen Abschluß.

**Kinderwoche im Kaufhaus.** Ein richtiges kleines Hippodrom in der vierten Etage mit lebendigen Ponies ist die Hauptattraktion der „Kinderwoche“ bei Tieg in der Frankfurter Allee. Dazu dienen Schaukel, Aufschubahn, Karussell noch der Belustigung der Kleinen, hier wie in den anderen Häusern am Alexanderplatz und in der Leipziger Straße, wo außerdem noch ein Kaspertheater jubelnd umlagert wird. Vor dem großen Schaufenster am Dönhofsplatz hört man ebenfalls manchen entzückten Ruf aus Kindermund angefüllt der lebendigen Gänse und Enten, die sich mit ihren Rüben dort hinter Glas im freien Auslauf sehr wohl zu fühlen scheinen. Und ungeachtet der Hitze und der drangvoll fürchterlichen Enge ziehen die Kinder ihre Mütter vorwärts und ruhen nicht eher, bis auch ganz gewiß alle der ihnen gebotenen Herrlichkeiten gründlich besichtigt worden sind.

**Vorfürhungen des anatomischen Telefonbetriebes.** Demnächst wird das Selbstanschlußnetz Wannsee eröffnet. Die Oberpostdirektion beabsichtigt, die Teilnehmer mit der Bedienung ihrer Apparate sowie mit der Betriebsweise des Amtes vertraut zu machen. Sie wird zu diesem Zweck Vorträge und Vorfürhungen veranstalten, und zwar in Wannsee in der Wilhelm-Konrad-Schule (Charlottenstraße 10) am 21., 22., 24., 28. und 29. Juni. Beginn der Vorträge um 8 Uhr abends.

**Das 7. Gebot und der Volksentscheid.** Die Christlich-sozialistische Reichspartei veranstaltete am Donnerstag, den 17. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der Stadtliche Klosterstraße eine Kundgebung für den Volksentscheid. Als Redner ist der bekannte katholische Sozialpolitiker Vitas Heller, Würzburg gewonnen worden. Außerdem wird Herr Dr. Grundel, ein Führer der katholischen Jugend, das Wort ergreifen. Von kirchlicher Seite wird das 7. Gebot gegen den Volksentscheid ins Feld geführt. Da wird es wohl für viele Berliner interessant sein, auch einmal die Gegenseite zu hören, die da sagt, daß gerade vom christlichen Standpunkt aus gesehen nicht der Volksentscheid, sondern die Ansprüche der Fürsten einen schweren Verstoß gegen das 7. Gebot darstellen.

**Vom Auto an die Wand gedrückt.** In der Königin-Luise-Straße in Zehlendorf geriet ein Postkautowagen infolge Versagens der Bremsen auf den Bürgersteig. Hierbei wurden vorübergehende Passanten von dem Auto an die Wand gedrückt. Es erlitten der 50 Jahre alte Studienrat Dr. Max Fleischer aus der Dankefmannstraße 39 einen doppelten Oberschenkelbruch und das 50jährige Fräulein Gertrud Grohmann aus der Prinzenstr. 34 innere Verletzungen. Beide wurden dem Kreis Krankenhaus in Lichterfelde zugeführt.

## Gewerkschaftsbewegung

### Die Stabilisierung der Krise.

#### Das Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaftsführung.

Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise im Herbst des vorigen Jahres begann die große Lohnabbauktion der Unternehmerverbände. Wenn man den Sogndigt der Unternehmerorganisationen glauben dürfte, dann könnte die Produktion nicht wieder in Gang gebracht werden, wenn die elenden Löhne nicht vorher noch weiter abgebaut würden. Nun ist es infolge der Krise den Unternehmern gelungen, Lohnerhöhungen im allgemeinen abzuwehren und darüber hinaus Lohnkürzungen vorzunehmen. Man hat die sogenannten unrentablen Betriebe stillgelegt und die Arbeiterschaft in Massen auf die Straße gesetzt. Man hat damit die Abnahmefähigkeit noch mehr verringert. Die unvermeidliche Folge dieser Wirtschaftsführung war nicht ein Abflauen der Krise, sondern eine Stabilisierung des außerordentlichen Krisenzustandes. Wie unsere graphische Darstellung zeigt, ist seit Anfang



Februar in Berlin die Arbeitslosigkeit, von geringfügigen Schwankungen abgesehen, unverändert geblieben, neigt in den letzten Wochen sogar zu einer weiteren Steigerung. Bemerkenswert ist, daß die Arbeitslosigkeit der Frauen zu Anfang dieses Jahres nicht dieselbe scharfe Steigerung durchgemacht hat wie die der Männer, dagegen sich in einem zwar langsameren, aber fast ununterbrochenen Aufstieg befindet. Das dürfte vor allen Dingen darauf zurückzuführen sein, daß die Frauen zumeist unter der Kategorie der Ungelernten fallen und daher auch wie diese die ersten Opfer der kapitalistischen Stabilisierung des Elends sind.

## Sozialpolitik vor dem Internationalen Gerichtshof.

Der am 15. Juni wieder zusammentretende Ständige Internationale Gerichtshof im Haag hat als ersten Punkt seiner Tagesordnung eine Frage zu behandeln, die für die gesamte Arbeiterwelt von größter Bedeutung ist. Auf Ansuchen des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsbureaus, der von seiner Arbeitgebergruppe dazu veranlaßt wurde, soll der Gerichtshof folgende Frage beantworten:

„Hat die Internationale Organisation der Arbeit die Befugnis, eine Regelung zu entwerfen und vorzuschlagen, die mit dem Ziel des Schutzes bestimmter Lohnarbeitergruppen zugleich und nebenbei sich mit der Arbeit des Arbeitgebers befaßt?“

Die Mehrheit des Verwaltungsrats im Internationalen Arbeitsbureau, soweit sie der Arbeitgebergruppe angehört, hat die Befugnisse der Internationalen Organisation in dieser Hinsicht angezweifelt. Es handelt sich für den Gerichtshof nicht um die Urteilsfällung in einem etwa anhängig gemachten Prozeßverfahren, sondern um ein Gutachten. Die Frage hängt aufs engste mit der Arbeit in den Bäckereien zusammen. Die Arbeitskonferenz von 1924 hat eine im Jahre 1925 in zweiter Lesung angenommene Regelung getroffen, wodurch die Nachtarbeit sowohl den an der Brotbereitung teilnehmenden Arbeitern wie den Arbeitgebern verboten wird. Die Arbeitgeber waren jedoch mit dieser Bestimmung keineswegs einverstanden, da nach ihrer Auffassung dadurch in die Konkurrenzbedingungen eingegriffen und die großen Arbeitgeber gegenüber den kleinen bevorzugt würden. Diese Rohannahme bedrohe eine Gruppe mit Untergang, die den Übergang von der Arbeiter- zur Unternehmerklasse bide; sie lasse die individuelle Freiheit an und bedrohe das Hausrecht. Die Arbeitgeber blieben in der Plenarversammlung in Genf in der Minderheit. Von Arbeitnehmerseite wurde mit Recht geltend gemacht, daß das Verbot für die Lohnarbeiter nicht durchzuführen sei, wenn es nicht zugleich auch für die Arbeitgeber gelte.

Haag, 17. Juni. (I.T.B.) Der Internationale Gerichtshof hat in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen, den Ersuchen mehrerer internationaler Organisationen zu entsprechen, die den Wunsch ausgesprochen hatten, durch besondere nach dem Haag zu entsendende Vertreter dem Internationalen Gerichtshof mündliche Auskünfte über die Frage der Befugnisse der persönlichen Arbeitsleistung der Arbeitgeber zu verschaffen. Die erwähnten Organisationen sind folgende: das Internationale Arbeitsamt in Genf, die Internationale Organisation industrieller Arbeitgeber in Brüssel, die Internationale Gewerkschaftszentrale in Amsterdam und der Internationale Verband Christlicher Gewerkschaften in Utrecht.

## Wie es in der Pughbranche aussieht.

### Ein allgemein verbindlicher Vertrag, den niemand einhält.

Ein überaus trauriges Bild von den Verhältnissen in der Pughbranche zeichnete Genosse Bettler dem Hutarbeiterverband in den beiden Versammlungen der Pughmacherinnen der Engros- und Detailbetriebe am Mittwoch im Dresdener Garten.

In den Jahren nach dem Kriege war es der Organisation gelungen, die Arbeitsbedingungen und Löhne in der Pughbranche verhältnismäßig günstig zu regeln. Der organisatorische Zusammenschluß der Pugharbeiterinnen war sehr gut und kam besonders im regen Versammlungsbesuch zum Ausdruck. Jeder Mißstand in den Betrieben wurde sofort der Organisation mitgeteilt, die auf die Abstellung hinwirkte; überhaupt waren den Pugharbeiterinnen durch den Meinungsaustausch in den Versammlungen die Verhältnisse in allen Betrieben und Geschäften bekannt.

Nach der Inflation griff unter den Pugharbeiterinnen eine Gleichgültigkeit und Laune Platz, die sich nur zu schnell an den Pugharbeiterinnen selbst rächte.

Eine Ausbeutung der Pugharbeiterinnen griff um sich, wie sie schimmer bald in der Vorkriegszeit nicht war. Trotzdem für alle Branchen allgemeinverbindliche Tarifverträge bestehen, wurden sie fast nirgends eingehalten.

### Wochenlöhne von 3 und 4 Mark

für gelernte Pugharbeiterinnen sind keine Seltenheit, Urlaub wird ganz willkürlich oder gar nicht erteilt! Hinzu kommt eine ungleiche Behrmdchensücherei, die mit den Tarifbestimmungen im trassesten Widerspruch steht. Alle diese Zustände werden von den Pugharbeiterinnen mit einer Gleichgültigkeit ertragen, als ob es niemals anders war oder werden könnte. Genosse Bettler forderte die in leider nicht zu großer Zahl Erschienenen auf, die sich in das nur scheinbar unabänderliche Berufsschicksal Fügendes aufzurütteln und an ihre Menschenwürde zu appellieren, um wieder erträgliche Verhältnisse in der Pughbranche zu schaffen. Das Arbeitsleben der Pugharbeiterinnen von der Organisation muß ausführen, wollen sie nicht ganz dem Unternehmertum ausgeliefert werden. Schon einmal war die Branche fast reiflos organisiert und eine der bestbezahltesten Gruppen in der Berliner Arbeiterschaft. Dies wieder zu erreichen, muß für alle vorwärts schauenden Pugharbeiterinnen das nächste Ziel sein.

## Neue Vereinbarung in Rummelsburg.

Da die Eisenkonstruktionsfirmen des Kraftwerks Rummelsburg ihren Arbeitern nach Beendigung des Streiks in der Lohnfrage Schwierigkeiten machen, indem sie alle getroffenen Vereinbarungen willkürlich zu ihren Gunsten auslegen versuchten, machten sich wieder Verhandlungen notwendig. Diese fanden gestern im Rathaus unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Böß zwischen den Vertretern des Metallarbeiterverbandes, der Streikleitung und den Vertretern des I.B.M. und der übrigen Eisenkonstruktionsfirmen.

Zu den strittigen Fragen der Entlohnung der Schlosser und der Laufzeitentschädigung der übrigen Arbeiter wurde folgender Vorschlag unterbreitet:

Das Bruttostundenlohn der Schlosser und Facharbeiter wird ausschließlich Laufzeitentschädigung auf 81 Pfg. festgesetzt. Bereits höhere Stundenlohn bleiben ungelöst. Allen Montagearbeitern, also auch den Ungelernten, wird, soweit sie die Laufzeitentschädigung nicht bereits erhalten, eine Stunde Laufzeitentschädigung gewährt. Die Laufstunde wird nicht an Arbeiter gezahlt, die Auslösung (Montagezuschläge) erhalten. Diese Regelung gilt nur für Arbeiten auf der Rummelsburger Baustelle. Die übrigen Löhne für die ungelerten Arbeiter, Riefstirnmeister und Monteur bleiben so bestehen, wie sie seinerzeit dem Oberbürgermeister Böß unterbreitet wurden. Die Differenzen wegen der Bezahlung der Kesselschmiede sind ebenfalls durch Verhandlungen beigelegt worden.

Die Funktionäre des Kraftwerkes Rummelsburg werden heute zu dem Vorschlag Stellung nehmen und ihm aller Voraussicht nach zustimmen, so daß zu hoffen ist, daß die Arbeiten, vorausgesetzt, die Unternehmer halten sich nun endlich an den Vereinbarungen, wieder fortgeführt werden können.

## Ein kommunistischer Musterbetrieb.

Die russische Handelsvertretung beschäftigte das Kaufmannsgericht Kommer VII in 3 Sitzungen unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Oppler. Ein kaufmännischer Angefallener erhielt nach Abgang aus der Handelsvertretung nicht sofort sein Zeugnis, sondern erst auf sein schriftliches Gesuch. Man gab ihm ein Zeugnis in russischer Sprache. Dies bekräftigte den Kläger nicht und erst durch ein Versäumnisurteil — die Beklagte war im ersten Termin nicht vertreten — erhielt der Angestellte ein ordnungsmäßiges Zeugnis. Der Kläger beantragte außerdem eine dem Gehalt entsprechende Entschädigung bis zu dem Tage nach Erhalten des Zeugnisses, da ihm ohne dieses nicht möglich wurde, anderwärts Stellung zu erhalten.

Dies veranlaßte nun die Handelsvertretung zum Einspruch und ein Dr. Goldstein machte allerlei mündliche Einwendungen, brachte auch zwei Zeugen mit, die erst gar nicht vernommen wurden, um die Entschädigungen als unberechtigt hinzustellen. Durch den Einigungsorschlag des Vorsitzenden ist die Summe von 150 — statt 190, wie verlangt, — von der Handelsvertretung genehmigt worden. Auch dieser Mitarbeiter, ein Kommunist, mußte erst kein Recht durch ein bürgerliches Gericht und zwar durch drei Termine zu erwirken suchen. Der Kläger erluchte noch privatim um Ueberfendung der Versicherungskarte. Es wurde ihm durch Dr. Goldstein aber erklärt, daß Angestellte nach dem Vertrag Deutschland-Rußland nicht versicherungspflichtig sind.

Beamtlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Kruse; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: R. B. Böhmer; Soziale und Sport: Fritz Reubert; Anzeigen: E. Gled; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornheim-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornheim-Berlin und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

**Berliner Elektriker Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe  
Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 6523, 6526  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landhausstr. 4, Tel.: Pfalzburg 9831  
Ausstellungsräume und Lager:  
Alexanderstraße 39-40 (Alexander  
Passage), Telefon: Königsstadt 540  
Herstellung elektr. Licht-,  
Kraft- und Signalanlagen. Ver-  
kauf aller elektr. Bedarfsartikel  
Ausführg. sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

---

**Ischias**  
schmerzhaft  
schon bei  
schweren Fällen  
heilungsfähig  
ärztlich empfohlen  
Preis 100. 1-11. 1-4. Sonntag 10-12. Juno

**HUNDE**  
Katten, Papageien und alle  
Haustiere werden behandelt.  
**Tierärztliche Poliklinik**  
Chausseestraße 93  
neben Kriegervereinshaus  
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

---

**Metallbetten**  
Stahlmattressen, Kinderbetten gratis in Priv.  
Kat. 650 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.

---

**LesBücher:**  
Wissen ist Macht  
J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.  
Lindenstraße 2

**Möbel u. Hausrat**  
in schlichten Formen und gediegener Ausführung  
**HERRENZIMMER SPEISEZIMMER**  
**Schlafzimmer Küchen Einzeilmöbel**  
Auf Wunsch Zahlungs-Erleichterung  
**Haus und Hausrat Gildenhall** G. m. b. H.  
Verkaufsstellen: Berlin W., Königin-Augusta-Str. 21  
an der Potsdamer Brücke  
Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 41/42  
Charlottenburg, Bismarckstraße 85

**Der gute Kapitän-Kaufabak**  
in den meisten Tages-  
geschäften erhältlich  
**C. Röcker, Berlin**  
Lichtenberger Str. 22, Kgl. 3861

---

**Wolf Hoffmann**  
**Episoden und Zwischenrufe**  
aus der Parlaments- und  
Ministerzeit.  
Preis 1 Mark. Potts 5 Pfennig.  
Vorrätig  
in allen Vorwärts-  
Ausgabestellen.

**Korb Möbel**  
Große Auswahl! Billige Preise!  
Peddighrhrisch  
von 3,75 M. an  
Peddighrhrisse  
von 7,50 M. an  
Spezial-Korbmöbelhaus  
**Edmund Vos**  
Neukölln, Berner Str. 14,  
Anzahlung gestattet

---

**Wohin?**  
**Luftkurort Lenz (Perle Meckl.)**  
20 Jahre im Besitz. Direkt an großen  
Laub- u. Nadelwäldern u. Wasser ge-  
legen. Gute Pension, Prosp. einford.  
**C. Osorsolke**  
Lenz b. Malchow i. Meckl. Tel. 48.

---

**Holzhäuser** liefert seit 25 Jahren  
Dickmann A.-G., W 57  
Wochenendhäuser — Prospekt gratis!  
Wald- u. Wasserparzellen — Nachweis!